

Beschluss des Landrats vom 13.06.2024

Nr. 613

14. Unterstützung eines EU-Knebelvertrages; Was ist mit den Kantonsregierungen im Allgemeinen und der Baselbieter Regierung im Besonderen los?

2024/73; Protokoll: pw

Andi Trüssel (SVP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Andi Trüssel (SVP) dankt für die Beantwortung der nicht ganz einfachen Materie, für die über einen Monat mehr Zeit benötigt wurde, als dies bei einer Interpellation normal wäre. Die Interpellationsantwort erweckt folgenden Eindruck: Schön geredet in Absprache mit Bern. Dies nach dem Motto: Wir haben ja nichts falsch gemacht. Andi Trüssel findet auch keine Basis, auf welche die Antworten abgestützt werden könnten. Zwei Kantone – Schwyz und Nidwalden – haben nicht mitgemacht. Alle anderen haben die Abgabe einer eigenständigen Entscheidungsbefugnis der souveränen Schweiz an Brüssel begrüsst bezüglich Einwanderung, Bürgerrecht, Energieversorgung, Verkehr, Währungspolitik und Steuern. Dies wurde alles im Common Understanding bereits vorbehandelt. Dies sei allerdings nur dann gültig, wenn die Entscheidungsbefugnis im Rahmen der direkten Demokratie bei der Schweiz bleibe. Etwas Unsinnigeres hat Andi Trüssel noch nie gehört. Dies ist in etwa so unsinnig, als würde der Kanton die Einführung der Todesstrafe fordern, diese aber nur dann auszuführen, wenn niemand dabei zu Tode kommt.

Wie entstehen solche unsinnigen und widersprüchlichen Stellungnahmen? Der Absender ist die Konferenz der Kantonsregierungen. Diese ist ein Organ, das es gemäss Bundesverfassung gar nicht gibt. Gemäss Verfassung vertreten die Ständeräte den Kanton gegenüber dem Bund und nicht eine Konferenz der Kantonsregierungen. Die Konferenz wird überhäuft mit Massen von Papieren, die von den Funktionären in Bundesbern produziert werden. Die Kantone sind dann gehalten, selber auch Leute zu mobilisieren, welche die Unterlagen studieren. Es handelt sich somit um eine Exekutive, die von niemandem gewählt wurde, aber die ganzen Sachen vorbereitet. Die Regierungen werden dabei einfach kurz von den Funktionären auf den aktuellen Stand gebracht, was dazu führt, dass es dann heisst, die Konferenz unterstütze den Paketentscheid zum Verhandeln des Bundesrats. Dies ohne zu sehen, welche Folgen daraus resultieren könnten. Ein solches Common Understanding ist für die Leute in Brüssel bereits ein Geständnis, dass die Schweiz bereit ist, Kompetenzen abzugeben. Nach einem solchen Common Understanding kann in Verhandlungen gar nichts mehr auf die Schiene gebracht werden. Die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz werden so ihrer demokratischen Rechte beraubt. Die Entscheidungsgewalt wird in Brüssel sein. Andi Trüssel stören zudem die Kohäsionszahlungen. Spricht ein Unternehmer Geld an seine Kunden, dann gilt dies als Bestechungsgeld. In der Politik scheint dies gang und gäbe zu sein. Bei der Betrachtung der Exportmengen von der EU in die Schweiz zeigt sich, dass sie um CHF 24 Mrd. höher sind als auf dem umgekehrten Weg. Entsprechend müssten eigentlich die Kohäsionszahlungen den umgekehrten Weg nehmen.

Noch kurz zur EWR-Abstimmung vor über 30 Jahren: Die Befürworter des EWR sagten damals, die Schweiz werde das Armenhaus von Europa werden. Andi Trüssel hat heute eher den Eindruck, die armengemessenen Länder befinden sich um die Schweiz herum. Weshalb? Weil die Schweiz selbständig und eigenverantwortlich handeln kann und nicht in einer EU-Gummizelle gefangen ist.

Noch etwas zur OECD-Mindeststeuer: In der Region gibt es grosse Pharmaunternehmen, die namhafte Steuerzahler sind. Diese befinden sich zu einem grossen Teil in Basel-Stadt. Wenn man

dann zur Kenntnis nehmen muss, dass eine Mutterfirma in den USA domiziliert ist, wobei die USA die OECD-Mindeststeuer von 15 % eigentlich lanciert hat und nun nicht dabei ist und sich vornehm zurückhält. Ein Beispiel: Wenn der Mutterkonzern in den USA und das Tochterunternehmen in Allschwil ist – z. B. Johnson & Johnson –, dann sind diese von der Differenzbesteuerung ausgenommen. Die Unternehmen in der Schweiz müssen künftig also mit unterschiedlich langen Ellen bei der Besteuerung leben. Dies ist ungut und darf so nicht sein. Es wurden in einem ersten Schritt bereits Lösungen mit der Patentbox gefunden, bei der man von 13 % auf 11 % zurück ist. Andi Trüssel bittet den Regierungsrat, Massnahmen zu diskutieren und mit den guten Steuerzahlern zu Lösungen zu kommen. Wie die Lösung auch immer aussehen mag: Ziel sollte sein, konkurrenzfähig zu bleiben und mit gleich langen Ellen gegen die Konkurrenz in der Region kämpfen zu können.

://: Die Interpellation ist erledigt.
